Hintergrundinformationen zu der Pressemitteilung der Partei Die LINKE in Bielefeld

Neugestaltung der Gedenkstätte STALAG 326 in Schloß Holte-Stukenbrock

- Viel Geld für ein fragwürdiges Konzept! -

Die LINKE in Bielefeld befürwortet eine Neugestaltung der Gedenkstätte, hat jedoch Zweifel an dem inhaltlichen Konzept, an der mit 6400qm geplanten architektonischen Dimension und an den prognostizierten jährlichen 200 000 BesucherInnen.

Eine auf Druck von vielen Seiten seit Kurzem zugängliche Machbarkeitsstudie (MBS) bestimmt diese Rahmenbedingungen und ruft dafür eine Entstehungssumme von 60 Mio. € und jährliche Betriebskosten von 5,6 Mio. € auf. Die Hälfte dieser Summe sollen nach Vorstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) die umliegenden Kommunen (auch Bielefeld) und Kreise in eine noch zu gründende Träger-Stiftung jedes Jahr einbringen.

Diese MBS ist auf Anfrage der Fraktion Die LINKE/die PARTEI vom 1.2.2021 im LWL Grundlage für das Gedenkstättenkonzept.

- *Die ausführliche Machbarkeitsstudie (290 Seiten) auf den Seiten der Pressestelle vollständig zum Download verfügbar: https://www.lwl.org/de/LWL/Der_LWL/newsroom/dossiers/gedenkstattenausbau-deskriegsgefangenenlagers-stalag-326/infomaterial/ Dort findet sich ebenfalls das Konzept für die Weiterentwicklung, das auf dem Förderantrag an die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien basiert.*

Gleichzeitig geht der LWL davon aus, dass die Stiftungsgründung noch vor der Sommerpause geklärt ist. D.h. die Stadt Bielefeld hat Stand heute keinerlei gesicherte Informationen über tatsächliche Kosten, Mitsprache- und Entscheidungsrecht innerhalb der zu gründenden Stiftung und vor allem über das inhaltliche Konzept der neuen Gedenkstätte.
Die Antworten des LWLs auf eine weitere detaillierte Anfrage der Fraktion vom 8.4.2021 zu dem Komplex der Stiftungsgründung und deren späteren Arbeit lassen darauf schließen, dass Mitentscheidungsrechte für Kommunen nicht vorgesehen sind, so wie die Stiftungskonstruktionen beim Kloster Dalheim, Preußenmuseum u.a.

Wir LINKE fordern eine öffentliche Diskussion über dieses Vorhaben.
Es soll eine Gedenkstätte mit nationaler Bedeutung werden und aller Voraussicht nach das letzte Großprojekt dieser Kategorie in unserem Land sein. Deshalb muss es unser Erachtens zukunftsorientiert für die nachfolgenden Generationen konzipiert werden.

Mit der in der MBS entwickelten Konzeption ist es das bei weitem nicht!
Das darin entwickelte Leitmotiv „Das Lager wird überall gemacht" beabsichtigt den Blick auf das Umland und die privaten, großen und kleinen Profiteure der Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen zu lenken. Damit wird die Verantwortlichkeit (alle waren schuld) geografisch verteilt. Mit dieser Idee soll die Präsentation die Peripherie in den zentralen Ausstellungsraum der Gedenkstätte rücken. Folgerichtig wird mit dieser Entscheidung der mörderische Terror im Lager selbst in den Hintergrund gedrängt, aber es sind die Entscheider, die Täter und Mittäter und ihre jeweiligen Motive, d.h. in erster Linie die Wehrmacht, die vor Ort ihre Strategie „Vernichtung durch Verhungern" durchsetzten.

Der Ehrenfriedhof mit seinen tausenden Toten ist dafür ein Zeitzeuge und gehört unserer Meinung nach als stark aufgeladener Beglaubigungsort in den Mittel- und Ausgangspunkte der neuen Gedenkstätte. Er hält Stand gegenüber Leugnungsangriffen und Verharmlosungstendenzen, auch wenn menschliche Zeitzeugen dieser Verbrechen schon bald nicht mehr unter uns weilen.

Aber mit welchem Konzept hat diese Gedenkstätte eine Zukunftschance? Was könnte das Erkenntnisinteresse von BesucherInnen beispielsweise im Jahre 2030 sein? Denn der Apell an das „Erinnern" klappt dann nicht mehr, denn man kann sich nur an etwas erinnern, was man selbst in irgendeiner Form erlebt hat.

Auf dem Ehrenfriedhof haben die Überlebenden nicht nur ihre Kameraden begraben, sondern bei der Errichtung des Obelisken einen Apell hinterlassen:
„Sorgt Ihr die Ihr noch im Leben steht, dass Frieden bleibt, Frieden zwischen allen Menschen, Frieden zwischen allen Völkern!"

Auf die Frage wie man Hitler heute verhindern kann, sagt ein Überlebender: „Indem man Hitler in sich erkennt!" („Erinnern reicht nicht" Süddeutsche Zeitung, 17.4.2021,)
Was kann diese Gedenkstätte dazu beitragen?
Sie kann mit einem entsprechenden Konzept auffordern, der Entmenschlichung dieser Tätergeneration vor Ort in diesem Lager

nachzuspüren. Das STALAG mit all seinen Facetten als eines der Instrumente zur Durchsetzung der angestrebten kontinentalen Endlösung zu begreifen. Das muss im Mittelpunkt der Präsentation stehen.

Dafür braucht es aber auch einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der faschistischen Bewegung ab der Jahrhundertwende.

Ebenso wichtig ist es die Entwicklung der NS Gesellschaft ab 1933 mit den Faktoren Integration (Volksgemeinschaft) und Ausgrenzung (Untermenschen) in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen.

Mit diesen Informationen gilt es schließlich Besucher*innen mit interdisziplinären Vermittlungskonzepten zu ertüchtigen sich selbst zu fragen, wieviel Rechtsextremismus in ihm/in ihr steckt.

Eine so ausgerichtete, kulturpolitisch ausgerichtete Gedenkstättenpädagogik braucht neue Besucherangebote, die eventuell auch für mehrere Tage konzipiert werden (Camps). Auch braucht es nicht nur eine digitale Ausrichtung, sondern vor allem den persönlichen Dialog, viele große Zeitfenster, wenn es mit der Immunisierung gegen rechtsradikales Gedankengut oder weitergedacht mit dem aktiven Einschreiten gegen rechte Parolen und Handlungen im unmittelbaren Umfeld funktionieren soll.

Dr. Rosa Rosinski
Kunsthistorikerin

Bielefeld, den 7.5.2121